

# Konfessionell motivierter Terrorismus in Pakistan

Der Terrorismus in Pakistan hat zwei Dimensionen, eine internationale und eine nationale. Beide Formen sind historisch eng miteinander verwoben. Teile des pakistanischen Staatsapparates haben jedoch lange gebraucht, um diese Verbindung zu erkennen. Stattdessen haben sie die Attentäter in «gute» und «böse» Terroristen unterteilt.

Von Prem Mahadevan

Pakistan ist ein bedeutendes Land in einer politisch instabilen Region. Der multiethnische Staat mit rund 200 Millionen Einwohnern und dem weltweit am schnellsten wachsenden Atomwaffenarsenal befindet sich in ständigem Konflikt mit der benachbarten Atommacht Indien. Pakistan ist dicht bevölkert und hat eine der höchsten Geburtenraten weltweit, gleichzeitig herrscht Mangel bei der Wasser- und Energieversorgung. Die demokratische Kultur des Landes ist schwach ausgeprägt und durch lange Phasen der Militärrherrschaft beeinträchtigt. Die vielen ethnolinguistischen Gruppen – die Paschtunen, Belutschen, Panjabi, Sindhesen, Seraiki und Muhajir – werden vor allem durch den Islam zusammengehalten. Das Militär ist von Panjabi und Paschtunen dominiert und vereint den Grossteil der Macht und der Ressourcen im Nordosten des Landes. Im Umkehrschluss gibt es eine starke separatistische Bewegung in der südwestlichen Provinz Belutschistan, die zwar über grosse Energievorkommen verfügt, aber dennoch die ärmste Regionen des Landes ist.

Auf der Suche nach militärischer und politischer Unterstützung gegen Indien ist Pakistan Partnerschaften mit China und den sunnitisch geprägten arabischen Staaten eingegangen. Im Verlauf dieser Entwicklung haben pakistanische Regierungen es zugelassen, dass die arabischen Golfstaaten grosse Teile der verarmten Bevölkerung



Nach einem Massaker an über 130 Schülern der Army Public School in Peshawar Ende 2014 verschärfte Pakistan die Sicherheitsvorkehrungen an Schulen. *Khuram Parvez / Reuters*

mit radikal-islamistischem Gedankengut indoktrinierten. Sie haben damit ihre eigene Autorität und die Integrität des Staates geschwächt, weil sie ausser Stande oder nicht willens waren, gegen konfessionell motivierten Terrorismus vorzugehen. Diese Analyse ist in vier Teile gegliedert. Zunächst wird erläutert, welche Bedeutung der konfessionell motivierte Terrorismus in Pakistan für die internationale Sicherheit hat und welche Verbindungen zwischen globalen Dschihadisten und militanten

Gruppierungen in Pakistan entstanden sind. Im zweiten Teil wird dargestellt, wie die Untätigkeit der Regierung den Aufstieg des konfessionell motivierten Terrorismus begünstigte, begleitet von den politischen Ereignissen im Mittleren Osten. Im dritten Teil wird analysiert, welchen Einfluss konfessionell motivierter Terrorismus auf die pakistanische Gesellschaft hat und wie die ehemals von Sunniten ausgehende Gewalt gegen Schiiten sich nun auch gegen moderate Sunniten richtet.

Abschliessend wird erklärt, warum die Bemühungen der pakistanischen Regierung zur Bekämpfung des Terrorismus nur bedingt von Erfolg gekrönt sind.

### Nährboden für den Terrorismus

In den 1980er-Jahren suchten vereinzelte Dschihadisten-Gruppen aus dem arabischen Raum Zuflucht in Pakistan. Dort bildeten sie Netzwerke, die später versuchten, die herrschenden Regime im Mittleren Osten zu stürzen und Terrorangriffe gegen den Westen durchzuführen. Die berühmteste dieser Organisationen war al-Kaida. Ihr Anführer Osama bin Laden wurde 2011 von US-Spezialkräften in Abbottabad in der Nähe der angesehenen pakistanischen Militärakademie getötet. Internationale und pakistanische Experten werfen den mächtigen Militär- und Geheimdiensten in Pakistan seit Langem vor, dschihadistische Gruppen für ihre Zwecke der Machtprojektion gegenüber Indien und Afghanistan zu instrumentalisieren. Ferner lautet der Vorwurf, dass der Westen sich Pakistans Unterstützung im Kampf gegen den internationalen Terrorismus teuer erkaufen musste. Die ausgeprägte Schattenwirtschaft des Landes gewährleistet ein gewisses Mass an Stabilität, fördert gleichzeitig jedoch die Privatisierung der Gewalt.

Aus Sicht des pakistanischen Staates sind hingegen ausserregionale Mächte dafür verantwortlich, dass das Land zu einem Zufluchtsort für Terroristen geworden ist. Pakistan sei als geopolitisches Schlachtfeld benutzt worden. Im Zuge des Krieges zwischen Afghanistan und der Sowjetunion seien mithilfe westlicher und arabischer Mittel in Pakistan bewusst Zufluchtsorte geschaffen worden, um den Konflikt zu beeinflussen. Die Radikalisierung der paschtunischen Stammesführer entlang der um-

## Die pakistanischen Sicherheitsbehörden tolerieren eine Kultur der Straffreiheit.

kämpften afghanisch-pakistanischen Grenze sei durch den Zufluss von Petro-Dollars an lokale Mullahs, aus denen später die Taliban hervorgingen, massiv gefördert worden. Die Rivalität zwischen Iran und Saudi-Arabien, an der sich auch der Irak beteiligte, um den Einfluss Irans einzudämmen, habe zudem interreligiöse Spannungen in Pakistan gefördert. Die offizielle Lesart in Islamabad legt nahe, dass die pakistanischen Sicherheitsbehörden nur wenig Einfluss auf diese Dynamiken hatten.

Eine kleine Gruppe von mehrheitlich auf Englisch publizierenden pakistanischen Journalisten teilt diese Meinung jedoch nicht. Sie sind vielmehr der Ansicht, dass sowohl das Militär als auch die Geheimdienste die einheimischen und internationalen Terroristen wesentlich beschützt haben. Diese milde Haltung gegenüber Terroristen wurde teilweise sogar kultiviert, um einerseits im globalen Kampf gegen den Terrorismus relevant zu bleiben und andererseits für diese Unterstützung lukrative Beihilfen zu beziehen. Darüber hinaus habe auch eine ideologische Nähe zu den Terroristen eine wichtige Rolle gespielt. Pakistan ist mehrheitlich sunnitisch geprägt, 97 Prozent der Gesamtbevölkerung sind Muslime, wovon 85 bis 90 Prozent der sunnitischen Glaubensrichtung angehören. Die Schiiten des Landes waren ursprünglich einflussreich und gut integriert, darunter viele Grundbesitzerfamilien. Die seit den 1960er-Jahren zunehmende Verstärkung veränderte jedoch die sozio-ökonomischen Beziehungen und förderte eine vornehmlich sunnitische Mittelschicht, die den Einfluss der Schiiten im Agrarsektor, insbesondere in der Provinz Punjab, einzudämmen versuchte.

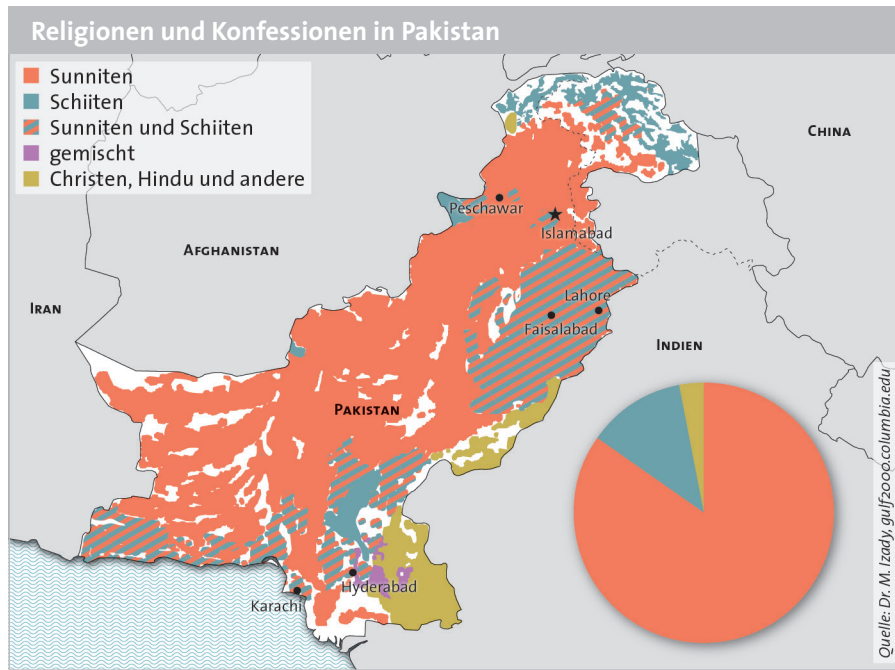
Das Aufkeimen des Terrorismus in Pakistan begann während der 1980er-Jahre und ging ursprünglich auf die Bemühungen der Sowjetunion und Afghanistans zurück, Pakistan an der Unterstützung der Aufständischen in Afghanistan zu hindern. Während der 1990er-Jahre waren eher ethnische Auseinandersetzungen für politische Gewalt in Pakistan verantwortlich. Seit den 2000er-Jahren ist hingegen die Mehrzahl der Todesfälle wieder auf religiös motivierten Terrorismus zurückzuführen. Im Wesentlichen geht diese Gewalt von den herrschenden Sunniten aus und richtet sich gegen die schiitische Minderheit. Darüber hinaus richten sich die Angriffe sunnitischer Extremisten aber auch gegen Christen. Gelegentlich haben sie auch bereits in Pakistan lebende, westliche Staatsbürger angegriffen. Für die Ausweitung dieser Angriffe gibt es mehrere Gründe: Nach der US-geführten Invasion in Afghanistan im Jahr 2001 flohen viele Führer der Kaida nach Pakistan und schlossen sich sunnitischen Extremisten an. Diese waren damals gerade im Begriff, ihre Aktionen nicht mehr nur auf pakistanische Schiiten, sondern globaler auszurichten. Der Einmarsch der US-Truppen 2003 im Irak beschleunigte diese Entwicklung. Parallel zu diesen Geschehnissen wurde in Pakistan propa-

giert, dass der Westen in Absprache mit dem schiitischen Iran zum Sturz des sunnitischen Regimes im Irak beigetragen habe, um einen innermuslimischen Bürgerkrieg heraufzubeschwören. Dieses Narrativ hat eine Annäherung zwischen den globalen Dschihadisten und den sunnitischen Extremisten erleichtert. Viel länger liess hingegen die Antwort des pakistanischen Staates auf den militanten Extremismus im eigenen Land auf sich warten. Seit dem Krieg zwischen der Sowjetunion und Afghanistan wurde dem Dschihad bei Teilen der Sicherheitsbehörden mit Wohlwollen begegnet, da darin ein adäquates Mittel gesehen wurde, die Interessen des Militärs sowohl in Bezug auf die innenpolitische Vorherrschaft als auch in Bezug auf verdeckte Operationen im Ausland voranzutreiben. Diese Weltsicht stand der Bekämpfung des Terrorismus diametral entgegen.

### Der Einfluss des Mittleren Osten

Diverse Experten aus Pakistan und dem Westen haben erkannt, dass sunnitische Extremisten für die Interessen des pakistanischen Militärs äusserst nützlich sind. Für eine Machtprojektion gegenüber Afghanistan und Indien liefern diese Gruppen eine nahezu unerschöpfliche Quelle leicht zu ersetzender Kämpfer. Die militärische Führung Pakistans setzt diese Gruppen bewusst gegen ausländische Ziele ein, um die innere Sicherheit im eigenen Land zu schützen. Die Unterstützung für die afghanischen Taliban Mitte der 1990er-Jahre wurde damals mit der Begründung gerechtfertigt, das von den rebellischen Paschtunen in den herrenlosen Grenzregionen ausgehende Risiko externalisieren zu wollen.

Darüber hinaus wird vermutet, dass das Militär sunnitischen Extremisten Schutz gewährte, um die Zivilregierungen zu schwächen und die öffentliche Stimmung in der Bevölkerung auf einen Putsch vorzubereiten. Diese These wird untermauert durch die bis heute nicht aufgeklärten Massaker in den Grenzprovinzen Sindh und Kyber Pakhtunkhwa sowie in der von Pakistan verwalteten Region Kaschmir, die vor dem Übergang der Macht von der Militär- zur Zivilregierung im Jahr 1988 verübt wurden. Bis heute haben sich die Morde in Kaschmir tief in das kollektive Gedächtnis eingepreßt: Sunnitische Dschihadisten, von denen sich einige später der Kaida anschlossen, überfielen 14 Siedlungen und töteten im Zeitraum von acht Tagen knapp 700 schiitische Dorfbewohner. Die lokale Verwaltung griff damals nicht ein und zeigte ihre Gleichgültigkeit, indem sie später in der Region eine



grosse sunnitische Moschee bauen liess. Während des darauffolgenden Jahrzehnts nährte sich unter den pakistanischen Intellektuellen und auch bei Teilen der Vollzugsbehörden der Verdacht, dass sunnitischen Extremisten von der Armee protegiert werden.

Es ist wichtig, auf die massive Wirtschaftsfucht aus Pakistan in die Golfstaaten hinzuweisen: Dadurch kam die pakistanische Mittelschicht (aus der traditionell das Offizierskorps hervorgeht) nicht nur mit antiwestlichem und antisemitischem Gedankengut, sondern auch mit einer anti-schiitischen Ideologie in Kontakt. Seit der iranischen Revolution 1979 fürchteten die herrschenden Sunniten und das pakistanische Militär einen – von Iran unterstützten – Aufstieg der Schiiten und damit eine subversive Beeinflussung durch das Ausland. Vor diesem Hintergrund wurden während der 1990er-Jahre zahlreiche in Pakistan lebende schiitische Fachkräfte sowie iranische Diplomaten und Militärangehörige ermordet. Der Staatsapparat blieb dabei weitgehend passiv. Die Polizeibehörden in Punjab wurden eine Zeit lang sogar verdächtigt, einen informellen Nichteinmischungspakt mit sunnitischen Extremisten eingegangen zu sein, solange Polizeikräfte nicht zum Ziel von Anschlägen wurden. Erst von 1997 bis 1999, als vorsätzliche Angriffe auf Polizisten verübt wurden, nahmen die Behörden von ihrer Zurückhaltung Abstand. Die Provinzregierung leitete eine

mässig erfolgreiche Offensive gegen die sunnitischen Gruppierungen ein.

Der Irakkrieg (2003) – in dessen Zuge die Schiiten an die Macht gelangten – löste eine Aufstandsbewegung unter den Sunniten aus. Einige von ihnen schlossen sich zu einer internationalen terroristischen Gruppierung zusammen. Diese Terrorgruppe entwickelte sich zum «Islamischen Staat» (IS). Die in Pakistan beheimatete Kaida rief im Irak 2004 einen Ableger ins Leben, der mithilfe der alten Kontakte aus den 1980er-Jahren wiederum bis zurück nach Pakistan reichte. Die irakischen Dschihadisten hatten bereits 2005 ihre Techniken zum Bombenbau mit den Taliban ausgetauscht, wodurch deren Angriffe in Afghanistan mehr Todesopfer forderten als zuvor. Gegen Ende der 2000er-Jahre berichteten pakistanische Medien über arabische Dschihadisten, die sich mit ihren auf dem Schwarzmarkt erworbenen falschen Identitäten frei im Land bewegten und mit pakistanischen Pässen sogar Auslandsreisen unternahmen. Wenngleich das Ziel dieser Dschihadisten vorrangig Ziele im Westen waren, gewährten ihnen die Gegebenheiten in Pakistan nicht nur Schutz, sondern auch enge Verbindungen zu den radikalen sunnitischen Gruppen des Landes. Kürzlich haben sich Mitglieder von Lashkar e-Taiba (LeT) an Anschlägen sunnitischer Extremisten beteiligt, obwohl LeT bis dahin lediglich Anschlagsserien in Indien verübt hatte und im schiitisch-sunnitischen Konflikt als unbe-

teiligt galt. Darüber hinaus berichtete die pakistanische Presse, LeT unterstütze den IS beim Ausbau seiner Aktivitäten in Südasiens. Hinzu kommt, dass der spürbare Einfluss Saudi-Arabiens auf das Bildungssystem in Pakistan die wachsende Intoleranz gegenüber anderen Formen des Islam und anderen Religionen fördert und dies die arabischen und pakistanischen Dschihadisten einander näher bringt.

### Folgen für die Zivilgesellschaft

Der konfessionell motivierte Terrorismus, gepaart mit der offiziell zur Schau getragenen Gleichgültigkeit des Staates, sind womöglich die sichtbarsten Formen des Staatsversagens in Pakistan. Seit den 2000er-Jahren sind die Angriffe auf Schiiten brutaler und willkürlicher geworden. Derweil vermeiden es lokale Medien aus Angst vor Repressalien kritisch über militante Sunniten zu berichten. In der Folge gibt es kaum journalistische Gegendarstellungen, die der offiziellen Verharmlosung der konfessionell motivierten Gewalt widersprechen. Wer öffentlich kritisch berichtet, riskiert dabei häufig sein Leben. Das schwerwiegendste Problem ist jedoch die opportunistische Radikalisierung der Kartelle des organisierten Verbrechens: Diese Gruppen folgen dem Trend und nutzen das Wegschauen der Behörden, um daraus maximalen Gewinn zu ziehen. Die Zusammenarbeit zwischen radikalen Mullahs und kriminellen Banden hat bereits den Einfluss der pakistanischen Geheimdienste auf die militanten Gruppierungen geschwächt. Diese verfügen nun über unabhängige Einnahmequellen und Personalreserven für den Fall, dass der Staatsapparat eines Tages ihre Infrastruktur auflösen sollte.

Dieses Unterstützungsgeflecht besteht aus politischen Parteien, die terroristische Angriffe zumindest mit Worten billigen. Sie weben die Angriffe ins nationalistische Narrativ einer sunnitischen Gesellschaft ein und ebnen damit anderen Parteien den Weg, um ebenfalls taktische Abkommen zu schmieden. Als Gegenleistung für Wählerstimmen oder gelegentlich als blosser Absicherung für sich selbst gewähren Mainstream-Politiker den sunnitischen Extremisten freie Hand, damit diese ihre radikalen Ideen in Moscheen, auf Wohltätigkeitsveranstaltungen und mithilfe selbst finanzierter Literatur verbreiten können.

Ein bedenklicher Trend hat Einzug gehalten: Die ursprünglich gegen Schiiten gerichtete Gewalt wendet sich inzwischen zunehmend auch gegen moderate Sunni-

ten. Im letzten Jahrzehnt wurden in Pakistan 25 religiöse, darunter auch sunnitische Schreine zerstört. Diese Schreine, mit denen lokaler Heiliger gedacht wird, sind sunnitischen Extremisten ein Dorn im Auge, da sie eine «Innovation» darstellen und der «Reinheit» ihres arabisch-zentrierten Islams entgegenstehen. Zudem stellt der Angriff auf die Schreine für die jüngeren der militanten Anhänger eine Möglichkeit dar, ihre Vorgänger zu übertreffen. Seit 2015 haben sich der IS beziehungsweise radikale pakistanische Gruppen, die dem IS die Treue geschworen haben, zu den Anschlägen bekannt. Diese sollen dazu beitragen, die Normen der pakistanischen Gesellschaft aufzuweichen und das Land entlang religiöser Bruchlinien zu teilen. Im Zuge dieser Entwicklung wurde im Februar 2017 ein Bombenanschlag auf einen sunnitischen Schrein verübt, bei dem etwa 90 Menschen starben.

Die Anhänger des Sufismus und der Barelwi-Bewegung gehören in Pakistan im Gegensatz zu den orthodoxen Wahhabiten oder Deobandi zu den eher moderaten Sunniten. In der jüngsten Vergangenheit scheinen jedoch auch die moderaten Vertreter aus Angst vor den militanten Gruppen zunehmend unter Druck zu geraten, Ihre Glaubensausrichtung extremistisch auszulegen. Zum Entsetzen der internationalen Gemeinschaft hiessen Hunderte von Barelwi-Geistlichen in diesem Kontext die Ermordung des Provinzgouverneurs von Punjab durch einen Anhänger der Barelwi-Bewegung gut. Die Grabstätte des Attentäters, der im Februar 2016 von den pakistanischen Behörden hingerichtet wurde, ist heute eine Pilgerstätte.

Die seit mehr als zwei Jahrzehnten währende Unfähigkeit des pakistanischen Staates, die Gesetze zur Bekämpfung des Terrorismus durchzusetzen, haben sunnitischen Extremisten wie dem IS grossen Handlungsspielraum verschafft. So sind zum Beispiel über 90 Prozent der in den 1990er- und 2000er-Jahren wegen religiösen Morden verhafteten Verdächtigen aus Mangel an Beweisen inzwischen wieder entlassen worden. Gleichzeitig warben die Politiker des Landes in der Hoffnung auf Machtabsprachen um die Gunst militanter Sunniten. Ebenso nahm die Bestechung

### 13 von 20 Punkten des Nationalen Aktionsplans zur Terrorismusbekämpfung

- Umsetzung des Todesurteils der Verurteilten im Falle des Terrorismus.
- Spezielle Gerichtsverhandlungen unter Aufsicht der Armee.
- Militante und bewaffnete Banden dürfen nicht im Land operieren.
- Strenge Massnahmen gegen Literatur, Zeitungen und Zeitschriften, die Hass, Enthauptung, Extremismus und Intoleranz fördern.
- Alle Finanzierungsquellen von Terroristen werden eingefroren.
- Nicht mehr bestehende Gruppen dürfen unter keinem neuen Namen weiterbetrieben werden.
- Der Schutz von Minderheiten wird gewährleistet.
- Registrierung und Regulierung von religiösen Seminaren.
- Verbot der Verherrlichung von Terroristen und Terrororganisationen in Medien.
- Das Kommunikationsnetz der Terroristen wird vollständig zerlegt.
- Konkrete Massnahmen gegen die Förderung des Terrorismus in Internet und soziale Medien.
- Aktion gegen Elemente, die konfessionell motivierten Terrorismus weiterverbreiten.
- Formulierung einer umfassenden Politik zur Bewältigung der Frage der afghanischen Flüchtlinge, beginnend mit der Registrierung aller Flüchtlinge.

zu, meist in Form von Straffreiheit für die Extremisten. Ein Vertreter der Extremisten wurde zum Beispiel trotz seiner Verwicklung in die Ermordung von über 100 Schiiten vier Mal als Abgeordneter in das Parlament gewählt - vermutlich aufgrund seiner Bedeutung für das Militär und für die Zivilregierung. Diese Beispiele propagieren eine Kultur der Straffreiheit, die von den Sicherheitsbehörden toleriert wird.

#### Nationaler Aktionsplan (NAP)

Nach dem Angriff militanter Gruppen auf eine von der Armee betriebene öffentliche Schule im Dezember 2014 verabschiedete die pakistanische Regierung einen 20 Punkte umfassenden Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung des Terrorismus (NAP). Bisher ist der einzig in die Tat umgesetzte Punkt jedoch die Aufhebung des Moratoriums für die Todesstrafe. In den letzten zwei Jahren wurden in Pakistan mehr als 430 Menschen hingerichtet. Über 80 Prozent der Verurteilten sind heutigen Erkenntnissen zufolge für schwere Verbrechen hingerichtet worden, die nicht in Bezug zu Terrorismus standen. Die hohe Anzahl der Todesfälle im Zusammenhang mit den Antiterror-Einsätzen der Armee in abgelegenen Gebieten lässt Zweifel am Wahrheitsgehalt der Aussage aufkommen, dass es sich bei den Getöteten wirklich um Terroristen statt gewöhnlicher Krimineller gehandelt habe.

Insgesamt sprechen kaum Indizien dafür, dass die Vorhaben des NAP zum Verbot

verhetzender Literatur und von Hassreden in die Tat umgesetzt wurden. Im Oktober 2016 hat ein offizielles Gespräch zwischen dem pakistanischen Innenminister und einem prominenten Vertreter der Radikalen stattgefunden. Nachdem der Innenminister dafür Kritik geerntet hatte, erklärte er, militante sunnitische Gruppierungen seien keine Terroristen. Damit widersprach er implizit der öffentlichen Verlautbarung seiner eigenen Regierung, den Terrorismus in jeder Form zu bekämpfen.

Die Kritiker des pakistanischen Militärs argumentieren, dass Militär habe zu lange zwischen «guten» und «schlechten» Terroristen unterschieden, je nachdem welche Gruppe es sich mithilfe der Geheimdienste gefügig machen konnte. Einige der berüchtigtsten Vertreter militanter Gruppen der 1990er-Jahre gelten heute als bewusst eingesetzte *Agent provocateurs*, die später durch öffentliche Hinrichtung eliminiert und durch eine jüngere Generation von Führern ersetzt wurden. Unabhängig davon, ob diese Behauptung der Wahrheit entspricht, wird Pakistans Fähigkeit, den Terrorismus im eigenen Land zu kontrollieren, in Zukunft durch die wachsende Präsenz des IS in Südasien auf die Probe gestellt.

**Dr. Prem Mahadevan** ist Senior Researcher am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Er ist Autor von u.a. [«Afghanistan: Zurück zum Abgrund»](#) (2015).

Die **CSS Analysen** zur Sicherheitspolitik werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik.

Herausgeber: Christian Nünlist und Matthias Bieri  
Lektorat: Fabien Merz; Übersetzung: Imke Trainer  
Layout und Infografiken: Miriam Dahinden-Ganzoni  
ISSN: 2296-0236

Feedback und Kommentare: [analysen@sipo.gess.ethz.ch](mailto:analysen@sipo.gess.ethz.ch)  
Bezug und Abonnement: [www.css.ethz.ch/cssanalysen](http://www.css.ethz.ch/cssanalysen)

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

**Die Urbanisierung der Katastrophenvorsorge** Nr. 204  
**Klimapolitik nach Paris: Unbequeme Wahrheiten** Nr. 203  
**Die OSZE und die Zukunft europäischer Sicherheit** Nr. 202  
**Das deutsche Weissbuch zur Sicherheitspolitik 2016** Nr. 200  
**Krim in der Steppe: Zentralasien und Geopolitik** Nr. 200  
**Dschihadreisende und die Sicherheit der Schweiz** Nr. 199